

Antrag: Klimaschutz als herausragende Zukunftsaufgabe

Sehr geehrter Herr Neuhaus,

die Auswirkungen des Klimawandels sind zunehmend spürbar. Wetterextreme wie Hitzesommer, Trockenperioden oder Starkregenereignisse waren in den letzten Jahren immer wieder für Ernteauffälle, dramatische Waldschäden oder existenzbedrohende Flutschäden verantwortlich. Nur ein engagierter Klimaschutz mit wirksamen Maßnahmen internationaler, nationaler, regionaler, kommunaler und individueller Ebene kann helfen die 2015 in Paris vereinbarten Klimaziele erreichen zu können.

Deshalb möge der Verbandsgemeinderat beschließen:

1. Der Verbandsgemeinderat Gau-Algesheim bekennt sich zu den Zielen des Klimaschutz-Abkommens von Paris. Er erkennt an, dass die globale Klimakrise eine existenzielle Bedrohung ist. Es muss sofort gegengesteuert und schnell und konsequent gehandelt werden. Aus diesem Grund erklärt der Verbandsgemeinderat Gau-Algesheim den **Klimaschutz auch auf kommunaler Ebene zur herausragenden Zukunftsaufgabe**.
2. Die Verbandsgemeinde nimmt ihre Verantwortung an und setzt sich für einen wirksamen Klimaschutz ein. Der Verbandsgemeinderat will künftig **bei allen Entscheidungen prüfen, ob Belange des Klimaschutzes zu berücksichtigen sind**. Alle diesbezüglichen Beschlussvorlagen erhalten künftig Angaben zu ihren voraussichtlichen Klimaauswirkungen, z.B. die Emissionen von CO₂ und weiteren Treibhausgasen, Energieaufwand und zeigen , wenn möglich, Alternativen auf. Alternativen mit positiver oder zumindest geringsten negativen Klimaauswirkung sollen bevorzugt geplant und umgesetzt werden.
3. Die Verbandsgemeinde Gau-Algesheim verpflichtet sich, bis 2030 eine **klimaneutrale Verwaltung** zu werden. Alle Bereiche der Verbandsgemeinde, auch die Grundschulen, die Wärme- und Stromversorgung der Gebäude, der verbandseigene Fuhrpark, Dienstreisen etc. sollen bis dahin CO₂-neutral sein. Dies gilt sowohl für das Verbandsgemeindeeigentum als auch für die Anmietung sowie für die Vergabe von Aufträgen und das Beschaffungswesen.
4. Die Verbandsgemeinde Gau-Algesheim hat das Ziel **Null-Emissions-Gemeinde** zu werden. Dazu wird das **Klimaschutzkonzept** unter Einbeziehung der Ziele des Pariser Klimaschutzübereinkommens und der neuesten Entwicklungen in der Wissenschaft zur Klimakrise fortentwickelt und konkrete Maßnahmen mit zeitlichen Vorgaben festgelegt (Klimaschutzaktionsplan). Dabei werden alle mit Klimafragen verbundenen Akteure der Gemeinde, Gesellschaft, Wirtschaft, Handwerk, Landwirtschaft, Jugend und Umweltverbänden eingebunden, um die gesamtgesellschaftliche Aufgabe zielgerecht angehen zu können.

5. Die Verbandsgemeinde Gau-Algesheim wird einen **Energie- und Klimabericht** erstellen, der alle Energieverbräuche auflistet sowie Maßnahmen aufzeigt, die den Verbrauch fossiler Energieträger weiter reduzieren. Der Bericht soll jährlich veröffentlicht und im Verbandsgemeinderat diskutiert werden.
6. Alle **Planungsprozesse** der Verbandsgemeinde müssen klimaoptimiert ausgerichtet werden. Verbandsgemeindegremien, Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Handwerk, Landwirtschaft, Jugend, Vereine sowie Umweltverbände sind wichtige Partner.
7. Das Gebäudemanagement wird beauftragt, bei kommenden **An- und Umbauten** aller im Eigentum der Verbandsgemeinde stehenden Gebäuden den **Klimaschutz, Klimaanpassungsaufgaben und Eigenstromerzeugung** zu berücksichtigen. Im Zuge dessen, soll die energetische Sanierung der Bestandsgebäuden geprüft werden.
8. Auf **Dachflächen** verbandsgemeindeeigener Gebäude, die nicht zur Energiegewinnung geeignet sind soll, wenn möglich eine **Begrünung** installiert werden. Dazu wird ein Dachflächenverzeichnis aller verbandsgemeindeeigener Gebäude erstellt und weiterentwickelt.
9. Zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs soll ein **Radwegkonzept** in der Verbandsgemeinde erstellt, weiterverfolgt und zügig umgesetzt werden und die Verbesserung des ÖPNV vorangetrieben werden.

Begründung

Der Klimawandel ist nicht nur ein Umweltproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Gesundheits- und Artenschutzproblem und eine Gefahr für den Frieden.

Wissenschaftler*Innen warnen immer dringlicher: Das Zeitfenster, welches uns noch bleibt, um unsere Lebensgrundlage auf Dauer zu sichern, schließt sich rasant. Die Geschwindigkeit, mit der momentan der Klimaschutz voranschreitet, reicht bei weitem nicht aus, um unseren jüngsten Mitbürger*Innen eine sichere Zukunftsperspektive zu bieten.

Der Klimawandel und damit einhergehende Wetterextreme führen dazu, dass auch die rheinhessische Region nicht mehr so lebenswert sein wird, wie es momentan noch der Fall ist. Hitzewellen haben unsere Heimat auch dieses Jahr wieder getroffen. Sie werden häufiger und regelmäßiger vorkommen. Stürme, extreme Starkregen, genauso wie Dürre werden das Leben in unserer Region beeinträchtigen.

Mit der Erklärung, den Klimaschutz als herausragende Aufgabe zu verfolgen, sowie einer engen Kooperation mit den gesellschaftlichen Akteuren können wir durch die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen und auch durch Klimaanpassungsmaßnahmen unsere lebens- und lebenswerte Verbandsgemeinde für uns und unsere Kinder erhalten. Auch lokale Einsparungen von CO₂-Emissionen tragen zur globalen Gesamtbilanz bei. Viele kleine Projekte summieren sich auf hohe Werte, mit entsprechenden positiven Auswirkungen und einer Verlangsamung des menschengemachten Klimawandels.

Wo Landes- und Bundespolitik wichtige Weichen zu stellen haben, ist die Verbandsgemeinde der Ort lokalen Handelns und lokaler Gestaltungsmacht mit in der Pflicht, die soziale Gerechtigkeit zu wahren. Es sind daher unverzüglich Maßnahmen einzuleiten, die der Dringlichkeit dieser Bedrohung gerecht zu werden.

Sabine Numrich-Helm

Fraktionssprecherin